

Flüchtlingshilfe als keynesianisches Konjunkturprogramm

Gefährliche Einmütigkeit

Die Flüchtlingskrise schafft ungewohnte Einheit: Die Forschungsinstitute IW Köln (Arbeitgeber), IMK (DGB) sowie das DIW (regierungsnah) halten die Asylausgaben für ein keynesianisches Konjunkturprogramm. Das Essener RWI schätzt den Effekt für dieses Jahr auf 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP): Ausgaben pro Flüchtling von 13.000 Euro ergeben bei 800.000 Zuwanderern zehn Milliarden Euro. Da die Mittel voll verausgabt werden, mindern keinerlei Ersparnisse diesen „Erstrundeneffekt“.

Allerdings reduzieren Importgüter (40 Prozent) die Inlandswirkung. Daraus errechnet sich ein kurzfristiger Wachstumseffekt von sechs Milliarden Euro. Da die erzielten Inlandseinkommen wiederum in weiteren Perioden verausgabt werden, entsteht nach John Maynard Keynes ein „Multiplikatoreffekt“. Unter Berücksichtigung einer Sparquote (zehn Prozent), der Importquote (40 Prozent) sowie Steuern (20 Prozent) und sozialer Unterstützung (zehn Prozent) führen einmalige Mehrausgaben von zehn Milliarden Euro zu einer zusätzlichen Nachfrage in künftigen Perioden von 7,5 Milliarden Euro. Zusammen mit den ersten sechs Milliarden Euro ergibt sich eine Zusatznachfrage von 13,5 Milliarden Euro.

Soweit die Theorie. Doch ein Wachstum von 0,2 Prozent bei einem Anstieg der Bevölkerung von einem Prozent bedeutet: sinkender Wohlstand pro Kopf. Außerdem trifft die Annahme freier Kapazitäten vielfach

nicht zu. Unterkünfte, Sprachlehrer oder Sicherheitspersonal sind knapp. Die Ausgaben verpuffen in Preissteigerungen oder schlechterer Versorgungsqualität. Wohnraum für sozial Schwache und Studierende wird noch teurer. Die Preise für Wohncontainer verdreifachen sich. Die Gesundheitskarte für Flüchtlinge führt zu Engpässen in Kliniken und Wartezeiten bei Ärzten. Eine schlechtere Versorgungsqualität dürfte mittelfristig auch Schulen und Kitas betreffen.



VON DIRK MEYER

»Eine Einladung auf Kredit kann nicht durch fragwürdige Prognosen geschönt werden.«

Belegte Turnhallen und eine Polizei, die Grundaufgaben einschränken muß, sind akut sichtbar. Fehlinvestitionen durch Billigbauten, deren Konzentration zu sozialen Brennpunkten führt, stellen langfristige Gefahren dar. Die Schaffung von Wohnraum, Investitionen in die mehrheitlich schulisch und ausbildungsmäßig unterversorgten jungen Flüchtlinge sowie neue Arbeitsplätze bedürfen eines immensen Kapitalbedarfs. Dieser wird der jetzigen Bevölkerung fehlen. Zudem steht die ökonomisch-gesellschaftliche Rentabilität bei Mindestlohn und hohen Sozialtransfers der Migranten in Frage. Eine Einladung auf Kredit ohne demokratische Legitimation und rechtliche Basis kann auch nicht durch fragwürdige ökonomische Prognosen geschönt werden.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. 2012 veröffentlichte er sein Buch „Euro-Krise. Austritt als Lösung“ und den Sammelband „Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euro“.

EU-Kommission forciert Vollendung der Euro-Bankenunion

Sparer werden enteignet

Von Joachim Starbatty

Die geplante europäische Bankenunion soll die Währungsunion absichern. Der Begriff „Union“ impliziert, daß die EU-Staaten gemeinsamen Regeln folgen müssen und füreinander einstehen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fordert als eine Unionssäule ein gemeinsames Einlagensicherungssystem, das allerdings nationale Systeme sowohl mit hohen als auch mit niedrigen Rücklagen in einen Topf wirft.

Gegen diese Pläne wehren sich Sparkassen und Volksbanken, die ein hohes Vertrauen in Deutschland genießen. Sie fürchten zu Recht, mit ihren angesammelten Rücklagen für unkalkulierbare Risiken anderer Banken haften zu müssen. Nun kündigt Juncker an, man werde die öffentlichen und genossenschaftlichen Kreditinstitute von der Einlagensicherung befreien. Nach seiner Logik gehören sie zu den „guten“ Banken, wohingegen die „schlechten“ Geschäftsbanken durch ihre Gier die Finanz- und Eurokrise erst ausgelöst hätten. So will der Christdemokrat

seinen Gegnern den Wind aus den Segeln nehmen. Doch die Rücklagen speisen sich aus den Einlagen von Sparern. Eine Vergemeinschaftung von Sicherungssystemen ist daher eine kalte Enteignung der Sparer, nicht der Banken. Sparer sind Sparer, egal ob sie ihr Geld einer Volks- oder einer Privatbank anvertrauen.

Darüber hinaus schafft eine partielle Einlagensicherung Wettbewerbsverzerrungen und verstößt gegen EU-Recht. Und wer eine falsch konzipierte Währungsunion zusammenhalten will, kann sich letztlich der immanenten Logik der Vergemeinschaftung nicht entziehen. Stößt ein Vorhaben auf zuviel Widerstand, so versucht die Kommission zunächst, nach der „Methode Juncker“ einen Fuß in die Türe zu bekommen. Ist dies erreicht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Türe ganz geöffnet werden kann.

Prof. Dr. Joachim Starbatty ist VWL-Professor und legte mit Fachkollegen Verfassungsklagen gegen den Euro ein. Er ist EU-Abgeordneter der Partei Alfa.

„Deutschland ist groß und kann es schaffen“

Politischer Unternehmer: Industrieverbandschef Ulrich Grillo sorgt als Zuwanderungslobbyist für Schlagzeilen

JÖRG FISCHER

Rot-grüne Politiker und Journalisten, öffentlich oder kirchlich Bedienstete und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Studenten oder rüstige Frührentner – die deutschen Flüchtlingsunterstützer verorten sich meist im linken Spektrum. Die mächtigste „Refugees welcome“-Aktivistin ist allerdings Angela Merkel, die für ihre Asyl- und Zuwanderungspolitik einflussreiche Fürsprecher auf ihrer Seite weiß: Einer von ihnen ist Ulrich Grillo, Chef der Duisburger Grillo-Werke und seit 2013 Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI).

Wie einst Alfred Krupp, Hugo Stinnes oder Fritz Thyssen scheint der 56jährige Sohn des langjährigen Finanzvorstands Hans Grillo auch als politischer Unternehmer für Furore sorgen zu wollen. So initiierte das Präsidiumsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM) 2005 beispielsweise eine Rohstoff-Allianz (ARS), damit deutsche Firmen angesichts der globalen Nachfragekonkurrenz nicht das Nachsehen haben.

Als BDI-Präsident sorgt der parteilose, aber bekennende FDP-Fan Grillo jedoch mit anderen Themen für Schlagzeilen: Daß der Chef eines Metall- und Chemieunternehmens die „schlecht gemanagte Energiewende“ und „hohe Belastung des Produktionsfaktors Strom“ attackiert, gehört zum Geschäft. Mit seiner Mahnung, daß bei der Durchsetzung der Rußland-Sanktionen „betriebswirtschaftliche Erwägungen zurückzustehen“ hätten, sorgte Grillo im Frühjahr jedoch erstmals für Kopfschütteln.

In der Asylkrise paßt zwischen Grillo und die Bundespolitik kaum ein Blatt Papier. Merks „Wir schaffen das!“ oder die grüne Parole „Kein Mensch ist illegal!“ könnten vom BDI-Chef stammen: Eine Obergrenze für Flüchtlinge sei wegen des Grundrechts auf Asyl „nicht denkbar“, bekannte Grillo im Deutschlandfunk und vorige Woche auf dem „Tag der Deutschen Industrie“ in Berlin.

„Zu viele Drückeberger im europäischen Haus“

Zwar seien die Aufnahmekapazitäten begrenzt – aber „wir müssen das organisieren“, fordert Grillo im Beratersprech seines ehemaligen Arbeitgebers A. T. Kearney. „Deutschland ist groß, und Deutschland hat viele Möglichkeiten“, behauptet der BDI-Chef. Völlig absurd ist dies nicht: Akzeptierten die Deutschen das Besiedlungsniveau Belgiens (359 Einwohner pro Quadratkilometer), könnten tatsächlich weitere 45 Millionen zusätzliche Migranten aufgenommen werden. Grillo verlangt von der deutschen wie der EU-Politik, im Schnellkurs zu lernen, „wie effizientes Krisenmanagement funktioniert und wie Grundlagen für eine nachhaltige Integration zu schaffen sind“.

Alle Länder müßten ihren Beitrag leisten, doch es gebe „noch immer zu viele Drückeberger im europäischen Haus“, kritisiert der BDI-Chef. Er kenne zwar nicht „die eine Lösung“, aber „was wir nicht tolerieren, sind Menschenfeinde und Volksverhetzer, die jetzt ihre Stunde

gekommen sehen. Die Rechtsextremen, die in Dresden, auf Facebook und vor Flüchtlingsheimen Haß schüren: Sie gehören dringend in den Integrationskurs.“

Doch Grillo geht es nicht nur um „eine menschliche Verpflichtung“, sondern vor allem auch darum, „neue, teilweise qualifizierte Mitarbeiter“ dazuzugewinnen. „Wir haben ein demographisches Problem in der Zukunft. Das heißt, wir haben einen Mangel an Arbeitskräften“, behauptet der BDI-Chef, dessen Auslandserfahrungen sich bislang auf ein USA-Praktikum und vor allem diverse Geschäftsreisen beschränken.

Viele Opfer von jedem Bürger abverlangen?

Ein Blick auf seine Familiengeschichte könnte diesen Refugees-Optimismus erklären: Im 17. Jahrhundert mußten die reformierten Grillos aus dem katholisch dominierten lombardischen Veltin-Tal fliehen – erst in die Schweiz, später ins Rhein-Ruhr-Gebiet. Der Salzkontrolleur „mit Zuwanderungsgeschichte“ Franz Georg Grillo legte mit seiner westfälischen Einheirat 1768 den Grundstein für die familiäre Erfolgsgeschichte.

Grillo weiß jedoch, daß die potentiellen Fachkräfte aus Afrika oder den muslimischen „failed states“ mit norditalienischen Glaubensflüchtlingen wenig gemein haben und nur wenig ärztliche Fachkollegen für seine Ehefrau darunter sind. Grillo baut daher schon vor: Das Asyl-Thema werde „uns lange begleiten. Es wird uns allen viele Opfer abverlangen, der Gesellschaft, den Unternehmen, jedem einzelnen Bürger“, gibt Grillo zu. „Die Politik ist aufgefordert, das den Menschen in Deutschland klar zu sagen: Ja, wir können das schaffen.“

Ob die Angesprochenen das „mittragen“, wenn sie erkennen, daß es eher um eine potentielle industrielle Reservearmee geht, die Lohnforderungen Einhalt gebieten soll? Schon das rot-grüne „Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs“ (Greencard für „Computer-Indier“) und die viel weitergehende schwarz-gelbe Beschäftigungsverordnung von 2013 hatten BDI-Zuwanderungsinteressen im Blick. Auch der Kampf gegen das Betreuungsgeld war nicht feministisch begründet, sondern es ging schlicht um das dadurch für zwei Jahre ausfallende weibliche Arbeitskräfteangebot.

Beim Euro ist sich der „Freund der Europäisierung“ mit Merkel ebenfalls einig: Der gelernte Bankkaufmann warnt vor einer Rückkehr der D-Mark und einem Ende der Währungsunion, denn das „würde unserer Wirtschaft massiv schaden“. Grillo verschweigt allerdings, daß seine Firma eine Exportquote von 50 Prozent hat und die Euro-Abwertung die Wettbewerbsfähigkeit der Grillo-Werke kurzfristig stärkt. Daß die Steuerzahler über die milliardenschweren Euroretter und die milliardenschweren Eurorettermaßnahmen und dem spargeldvernehmenden Niedrigzins die Exportbranchensubventionieren, stört Grillo nicht. Im Gegenteil: Auch „die gesellschaftliche Integration“ der Einwanderer ist für ihn „eine politische Aufgabe“ – spricht: Für Alphabetisierung, Familiennachzug, Krankenversicherung, Lebensunterhalt, Schulbildung oder Unterkunft soll der Steuerzahler aufkommen.



Ulrich Grillo: „Was wir nicht tolerieren, sind Menschenfeinde und Volksverhetzer, die jetzt ihre Stunde gekommen sehen“

Familienunternehmen Grillo-Werke

Eine 173jährige rheinische Industrietradition, einer der zwei weltgrößten Zinkverarbeiter, 1.600 Mitarbeiter und 585 Millionen Euro Umsatz, Produktionsstandorte in Deutschland, Belgien und Frankreich, Niederlassungen in den USA, China und Südafrika – die Grillo-Werke sind ein Vorzeigunternehmen der Old Economy, in fünfter Generation in Familienbesitz. Etwa 150 Anteilseigner aus der Grillo-Familie halten Namensaktien, die eine feindliche Unternehmensübernahme verhindern. In Duisburg gibt es die 132 Jahre alte Grillo-Villa und ein nach dem 1983 ver-

storbenen Unternehmenspatriarchen Herbert Grillo benanntes Altenheim, eine Gesamtschule in Marxloh und eine gemeinnützige Familienstiftung. In Essen steht das Grillo-Theater. Selbst Fritz Thyssens „Villa Anita“ und „Haus Rott“ von Hugo Stinnes gehören inzwischen zum Familienbesitz. Seit 2001 ist Herbert Grillos Neffe, Ulrich Grillo, Chef der Tochtergesellschaft Rhein-zink. Drei Jahre später stieg der Unternehmensberater und frühere Rheinmetall-Manager zum Vorstandsvorsitzenden der Grillo AG mit den Sparten Metall, Chemie, Zinkoxid und Rhein-zink auf.

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollernndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Markus C. Kerber

Wehrt Euch, Bürger!

Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört
Prof. Dr. jur. Markus C. Kerber erläutert als einer der Kritiker der EZB die andauernde Selbstermächtigung der Europäischen Zentralbank und zeigt, wie Sie als Bürger die Folgen dieser Politik zu spüren bekommen und was Sie tun können, um sich der EZB zu erwehren. Dieses Buch ist mehr als eine wissenschaftliche Analyse, es ist Pamphlet und Aufruf zugleich.
128 S., Pb.

Best.-Nr.: 92895



EUR 9,99

Peter Lüdemann

Abgezockt und kaltgestellt

Wie der deutsche Steuerzahler systematisch ausgeplündert wird
„Wir sind Untertanen, keine Bürger!“ Zumindest aus steuerrechtlicher Sicht trifft diese provokante These zu. Das deutsche Steuerrecht zielt darauf, Staatsbürger zu verunsichern, und letztendlich zu entmündigen. Sie sollen zahlen, aber bei der Gestaltung des Steuerrechts weder mitreden, noch auf die Verwendung Ihrer Steuergelder Einfluss nehmen.
208 S., Pb.

Best.-Nr.: 92896



EUR 17,99

Bruno Bandulet, Peter Boehringer, Marc Faber, Thorsten Schulte, Dimitri Speck

Insiderwissen: Gold

Profitieren Sie von dem Insiderwissen der Autoren, die teilweise seit drei Jahrzehnten auf den Edelmetall- und Devisenmärkten zu Hause sind. Mit diesen Informationen sind Sie optimal vor einer Krise geschützt selbst dann noch, wenn der Staat versuchen sollte, Ihnen Ihre persönlichen Goldreserven abzunehmen oder den Goldbesitz komplett zu verbieten.
160 S., geb.

Best.-Nr.: 92578



EUR 14,95

Ulrich Horstmann, Gerald Mann

Bargeldverbot

Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen
In Italien und Frankreich sind Bargeldzahlungen ab 1000 Euro illegal, und viele deutsche Banken haben neben Tageslimits schon Wochenlimits eingeführt. Ab 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen?
128 S., Pb.

Best.-Nr.: 92781



EUR 6,99

Klaus-Peter Willsch

Von Rettern und Rebellen

In Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie
Ein Politikrimi spannend, beängstigend und empörend zugleich! Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch packt aus: Die Bundesregierung hielt dem Bundestag gegenüber Informationen über die Eurokrise zurück, beging Rechtsbrüche und versuchte, das Parlament zu betrogen.
288 S., geb.

Best.-Nr.: 92842



EUR 19,99

Henryk M. Broder

Das ist ja irrel!

Mein deutsches Tagebuch
Der Wahnsinn, wenn er epide-misch wird, heißt Vernunft! Henryk M. Broder führt sechs Monate lang ein politisches Tagebuch über all die großen und kleinen Bankrotterklärungen unserer Eliten, die, so Broder, auf einen bevorstehenden Konkurs unseres Gemeinwe-sens hinweisen.
352 S., Pb.

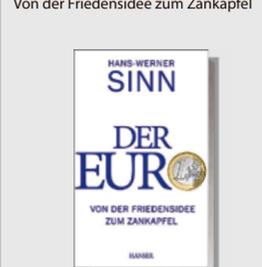
Best.-Nr.: 92893



EUR 16,99

Hans-Werner Sinn

Der Euro
Von der Friedensidee zum Zankapfel



Der Euro sollte mehr sein als eine Währungsunion: ein Garant für Einheit und Frieden in Europa. Heute ist Europa gespalten und zerrissen. Im Süden bleibt die Arbeitslosigkeit unerträglich, der Norden wurde von der EZB in Geiselschaft genommen und zum Zahlmeister gemacht. Was ist zu tun?
480 S., geb.

Best.-Nr.: 92867

EUR 24,90

Abbildungen können vom Original abweichen!